



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

An den Vorsitzenden des Wirtschafts- und
Digitalisierungsausschusses
Herrn Claus Christian Claussen, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

per E-Mail: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1105

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43
Telefax 04331 1420-50
E-Mail froehlich@uvnord.de

Rendsburg, 15.03.2023
Fr./Te.

Gesamtstellungnahme UVNord

Neujustierung und gezielte Weiterentwicklung der Beziehungen des Landes Schleswig-Holstein zu China

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/411

Neuausrichtung der China-Beziehungen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 20/550

Sehr geehrter Herr Claussen,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 08. Februar d.J. nehmen wir zur vorgenannten Thematik nachfolgend Stellung:

Wir unterstützen das in beiden Anträgen enthaltende Bekenntnis zu Globalisierung, fairen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der universellen Geltung der Menschenrechte. Politische Bemühungen für einen regelbasierten Welthandel und Impulse für eine Konkretisierung der europäischen China-Strategie sind zu begrüßen.

Als Exportnation ist Deutschland auf gute Handelsbeziehungen angewiesen, der Norden unseres Landes insbesondere durch seine Häfen. Sichere Lieferketten sowie offene Handelswege sind für den deutschen Mittelstand von zentraler Bedeutung. Die

Bundesregierung muss auch zukünftig die kritische Infrastruktur sichern und bei wichtigen Beteiligungen fortlaufend überprüfen, ob die Auflagen des Außenwirtschaftsgesetzes eingehalten werden. Diskussionen der vergangenen Monate haben hierbei gezeigt, dass zügig eine europäische Koordinierung der europäischen Häfen und Infrastrukturträger auf den Weg gebracht werden muss, um eine strategische Schwächung Europas zu verhindern.

Eine zunehmende Abschottung Deutschlands und Europas durch die weitere Regulierung von ausländischem Investitionskapital muss hingegen verhindert werden. Dies liefe den dringend notwendigen Bestrebungen entgegen, internationale Institutionen wie der WTO für die Regulierung von Handel und Investitionen neues Leben mit neuen freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Impulsen einzuhauchen. Eine Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG), wie in beiden Anträgen erwähnt, vergrößert die Gefahr einer weiteren Abschottung des Investitionsstandortes Deutschland. Die Einschränkung der Eigentumsrechte am eigenen Unternehmen sollte unterbleiben.

Für einen weiteren konstruktiven Dialog stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Thomas Fröhlich